

Nationale und internationale Globalisierungsstrategien

Prof. Dr. Eckart Koch, koch@hm.edu, www.eckart-koch.de

Stand: 31. Januar 2019

Abstract

Einleitung

1. Was ist Globalisierung
2. Folgen der Globalisierung
 - 2.1 Grenzen verlieren ihre Schutzfunktion
 - 2.2 Intensivierung des Wettbewerbs
 - 2.3 Ungleiche Verteilung
 - 2.4 Steigende Umweltbelastungen
3. Politische Strategien
 - 3.1 Nationale Strategien
 - 3.1.1 Standortpolitik
 - 3.1.2 Kompensationspolitik
 - 3.2 Globale Strategien
 - 3.2.1 Globale Sicherheitsarchitektur
 - 3.2.2 Globale Wirtschaftsarchitektur
 - 3.2.3 Globale Nachhaltigkeitsarchitektur
4. Abschließende Überlegungen

Literatur

Abstract

Durch Globalisierung entstehen laufend vielfältige neue Chancen aber auch Risiken mit Vorteilen und Nachteilen für Beteiligte und Nichtbeteiligte, für Länder, Gruppen, Institutionen oder Individuen. Dieser Beitrag stellt die auf nationaler sowie auf globaler Ebene unternommenen Strategien vor, verbindliche Regeln und Mechanismen auszuhandeln, bereitzustellen und umzusetzen, um die mit der Globalisierung verbundenen Vorteile auszubauen und deren Nachteile zu begrenzen.

Keywords

Globalisierung, internationale Wirtschaftsbeziehungen, Standortpolitik, Kompensationspolitik, Globale Wirtschaftsordnung, Global Governance, Sicherheitsarchitektur, Nachhaltigkeitsarchitektur, Wirtschaftsarchitektur

Kurzportrait des Autors

Eckart Koch, Prof. Dr., lehrt Internationale Wirtschaftsbeziehungen und Interkulturelles Management an der Hochschule München, ist Autor einschlägiger Lehrbücher und seit über 20 Jahren als Gutachter und Berater für Entwicklungsvorhaben in Asien und Afrika mit den Schwerpunkten Management- und Strategieberatung tätig (www.eckart-koch.de).

Einleitung

Die Weltwirtschaft verändert sich permanent. Nationale Grenzen haben für die weltweit agierenden Akteure an Bedeutung verloren: Unternehmen agieren als *global player*, Staaten handeln gemeinsam, um wirtschafts- und finanzpolitische Probleme auf globaler Ebene zu lösen, nationale Finanzmärkte sind nur noch Fragmente globaler Finanzmärkte, Städte oder Regionen bilden globale Netzwerke, um gemeinsam ihre grenzüberschreitenden Interessen zu vertreten und Konsumenten profitieren von international produzierten und gehandelten Gütern. Während einerseits Informations- und Transaktionskosten sinken, steigt allerdings auch die Krisenanfälligkeit der Systeme. Die Strukturen internationaler Kooperationen und Allianzen werden immer unübersichtlicher. Zwar nimmt das Bewusstsein, dass wirtschaftliche Transaktionen grenzüberschreitend stattfinden zunehmend ab, so dass internationale Wirtschaftsbeziehungen zu *intraglobalen Wirtschaftsbeziehungen* mutieren, gleichzeitig wird aber auch wahrgenommen, dass an dieser neuen globalen Wirtschaft keineswegs alle gleichberechtigt teilnehmen, sondern dass diese in zunehmendem Maße Ungleichheit und damit auch Ungerechtigkeit produziert.

Durch Globalisierung entstehen also laufend vielfältige neue Chancen aber auch Risiken mit Vorteilen und Nachteilen für Beteiligte und Nichtbeteiligte, für Länder, Gruppen, Institutionen oder Individuen. Viele der Globalisierung zugeschriebenen Wirkungen und Probleme sind allerdings nur mittelbar durch diese verursacht, häufig ist Globalisierung nur der mächtige Katalysator - oder auch Brandbeschleuniger. Das globale Wirtschafts- und Politikgeschehen wird immer weniger kontrollier- und steuerbar. Nur die großen wirtschaftlichen Akteure - Staaten oder Unternehmen - versuchen mit zum Teil sehr zweifelhaften Methoden und auch nur geringen Erfolgsaussichten ihnen unangenehme Entscheidungen zu umgehen, zu bekämpfen oder rückgängig zu machen. Dies können beispielsweise Handelsungleichgewichte sein oder Versuche durch gerichtliche Entscheidungen die unangemessene Ausnutzung von Marktmacht zu begrenzen. Es gibt daher vielfältige Bestrebungen vorwiegend auf globaler, aber auch auf nationaler Ebene verbindliche Regeln und Mechanismen zu verhandeln, bereitzustellen und umzusetzen, um die mit der Globalisierung zweifellos verbundenen Nachteile zu begrenzen.

Die derzeitige Globale Wirtschaftsordnung besteht im Wesentlichen aus drei unterschiedlich stark ausgebauten „Säulen“ (a) einer globalen *Sicherheitsarchitektur*, (b) einer globalen *Wirtschaftsarchitektur* mit den Kernbereichen Handels- und Wettbewerbsordnung und Finanzordnung- und Währungsordnung sowie (c) einer immer bedeutsamer werdenden globalen *Nachhaltigkeitsarchitektur*. Durch die Sicherheitsarchitektur wird die Basis der Globalisierung in unterschiedlichen Bereichen abgesichert und stabilisiert. Im Rahmen der Handels- und Wettbewerbsordnung werden für die reale Welt des Handels- und Dienstleistungsaustausches und die Expansion von Unternehmen mit den daraus entstehenden vielfältigen realwirtschaftlichen Verflechtungen notwendige Regeln ausgehandelt. Die globale Währungs- und Finanzordnung soll dazu beitragen, das unkontrollierte Wachstum der internationalen Finanzströme transparenter und sicherer zu machen, um Finanz- und Wirtschaftskrisen besser voraussagen und vermeiden und ihre Folgen besser beherrschen zu können. Die Nachhaltigkeitsarchitektur schließlich muss dafür sorgen, dass sowohl die soziale als auch die ökologische Balance verbessert werden und negative Folgen der Globalisierung für diese Bereiche in Grenzen gehalten werden.

1 Was ist Globalisierung?

Globalisierung im wirtschaftlichen Bereich zeigt sich nicht nur in einem raschen Wachstum des internationalen Waren- und Dienstleistungshandels, sondern vor allem auch in der Zunahme internationaler Produktions- und Finanzbeziehungen und damit in der Zunahme internationaler Investitionen (*Direktinvestitionen*) und grenzüberschreitender Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmigration. Die globale Ausweitung sämtlicher einzelwirtschaftlicher Aktivitäten durch *global selling*, *global marketing* und *global sourcing* wird unterstützt durch die Nutzung der weltweit günstigsten Produktionsmöglichkeiten, durch *offshoring* und *outsourcing* sowie durch grenzüberschreitende *mergers and acquisitions* (M&A). In diesem Prozess schließen sich Unternehmen zu globalen oder *transnationalen Unternehmensnetzen* zusammen. Sie werden dabei unterstützt durch die globalen Finanzakteure, die die *globalen Finanztransaktionen* mit z. T. dramatischen Zuwachsraten ansteigen lassen. Die Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeitskraft und Sachkapital, die *Faktormobilität*, insbesondere aber diejenige des Kapitals, steigt also laufend, während gleichzeitig die für diese Tätigkeiten anfallenden *Transaktionskosten* in der Vergangenheit enorm gesunken sind. Durch die *Internationalisierung der Märkte für Güter und Dienstleistungen* vervielfachte sich das Welthandelsvolumen für Güter und Dienstleistungen seit 1990. Im gleichen Zeitraum führte die *Internationalisierung der Produktion* zu einer Verzehnfachung des Auslandsvermögens. Die *Internationalisierung der Finanzmärkte* zeigt sich schließlich in dem sprunghaften Wachstum internationaler Finanztransaktionen, deren Volumen sich trotz mehrerer internationaler Finanzkrisen inzwischen auf über eine Billarde US\$ pro Jahr (p.a.) beläuft. Grenzüberschreitende Unternehmensfusionen nahmen im gleichen Umfang zu. Andererseits führen die nach wie vor ungleichen Entwicklungssituationen und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Weltregionen und Ländern zu hoher Arbeitslosigkeit auf der einen und Arbeitskräftemangel auf der anderen Seite, so dass sich die *internationale Migration* beschleunigt und *internationale Arbeitsmärkte* entstanden sind. Allerdings beschränkt sich die Mobilität von Arbeitskräften im Wesentlichen auf niedrig qualifizierte Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern sowie auf hoch qualifizierte Arbeitnehmer und Spezialisten aus ganz unterschiedlichen Ländern.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Intensivierung des weltweiten Standortwettbewerbs zwischen den Staaten. Hierbei ziehen die Länder Vorteile aus der Globalisierung, die in der Lage sind, bei wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen innovative Technologien mit tendenziell niedrigen Produktionskosten und hoher Qualität zu verbinden. Länder, die es aus unterschiedlichsten Gründen hingegen versäumen, sich diesen globalen Herausforderungen aktiv zu stellen, etwa durch Abschottung, Bürokratisierung oder zu geringe Innovationskraft, sind eher auf der Verliererseite - oder besser Nicht-Gewinnerseite - zu finden. Tatsächlich entfallen auf nur etwa 20% aller Länder weltweit 90% aller grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Transaktionen, die restlichen 80 %, spielen damit nur eine marginale Rolle im Globalisierungsprozess. Das bedeutet keineswegs, dass diese Länder nicht in die Weltwirtschaft eingebunden sind, allerdings ist ihr Vernetzungsgrad nur gering. Sie leisten also i. d. R. keine quantitativ bedeutsamen Beiträge, sodass eher von einer *partiellen Globalisierung* oder von einer ungleichgewichtigen Globalisierung gesprochen werden kann. Unter geografischen Aspekten liegen die Top-Länder in den drei großen Regionen West-Europa, Ostasien und Nord-Amerika.

Der globalisierungsbedingte Wettbewerbsdruck stellt nicht nur überkommene Privilegien der etablierten Industrienationen in Frage, sondern auch politisch-soziale Errungenschaften der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung, wie vergleichsweise hohe Sozial- und Umweltstandards.

Gleichzeitig führt die Zunahme internationaler politisch-ökonomischer Abhängigkeiten vermehrt zu internationalen Wirtschafts- und Finanzkrisen wie den Verschuldungskrisen der Schwellenländer in den 1980er- und 1990er-Jahren, den internationalen Finanzkrisen 2001/2002 und 2008/2009 und der europäischen Schuldenkrise der letzten Jahre.

Globalisierung vernetzt nicht nur die einzelwirtschaftlichen Akteure, sondern auch die Volkswirtschaften immer stärker miteinander, sodass die Weltwirtschaft sich zunehmend integriert und die einzelnen Staaten häufig nur noch räumliche Verdichtungen innerhalb eines globalen Wirtschaftsnetzes darstellen. Diese sind einerseits (temporärer) Standort der Unternehmen und Unternehmensbereiche und repräsentieren andererseits Teile der Märkte, auf denen die global erzeugten Produkte und Leistungen gehandelt werden. Diese Neu-Positionierung beschleunigt die Notwendigkeit wirtschaftlich-sozialer Strukturveränderungen und beeinflusst das Verhalten der politischen Akteure: Nationale Entscheidungen, etwa das Verhalten in internationalen Organisationen oder die Verabschiedung nationaler Haushalte, erhalten auf diese Weise globale Bedeutung. Andererseits werden die transnationalen Unternehmen (TNCs), die *global player*, gegenüber Entscheidungen der Nationalstaaten unempfindlicher, so können sie ihnen nicht genehmen Entscheidungen, etwa neuen Steuern oder rechtlichen Auflagen, durch ihre räumliche Mobilität ausweichen, sodass sich die Möglichkeiten und die Zielwirksamkeit von nationalen politischen Entscheidungen verringern. Kurz: Globalisierung eröffnet Unternehmen und Volkswirtschaften neue Chancen und konfrontiert sie gleichzeitig mit neuen Risiken. Ausgehend von diesen Überlegungen lässt sich Globalisierung wie folgt beschreiben:

Globalisierung ist ein dynamischer Prozess, der die wirtschaftliche Vernetzung der Welt durch den zunehmenden Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften vorantreibt, die wirtschaftliche Bedeutung nationaler Grenzen ständig verringert und den internationalen Wettbewerb intensiviert; sodass durch das Zusammenwachsen aller wichtigen Teilmärkte die Möglichkeiten internationaler Arbeitsteilung immer intensiver genutzt werden, sich der weltweite Einsatz der Ressourcen laufend – wirtschaftlich – verbessert, ständig vielfältige neue Chancen und Risiken entstehen und die nationalen und internationalen politischen Akteure gezwungen sind, neue Funktionen und Aufgaben bei der Gestaltung der Globalisierung zu übernehmen.“

Seit Mitte der 1980er-Jahre nehmen diese grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Interaktionen und Aktivitäten nicht nur absolut, sondern auch relativ im Verhältnis zu nationalen Entwicklungen und Interaktionen stark zu. Selbstverständlich gab es auch zuvor schon eine Vielzahl von Phasen intensiver grenzüberschreitender Austauschbeziehungen, die bis in die Antike – wie etwa der transkontinentale Handel über die Seidenstraße zeigt – zurückreichen. Wichtige Indikatoren zeigen jedoch einen neuartigen weitgehend stabilen Anstieg vielfältiger grenzüberschreitender Aktivitäten, die es rechtfertigen, erst diese neue Phase als Globalisierung zu bezeichnen. Das internationale Handelsvolumen stieg in den 26 Jahren zwischen 1990 und 2016 von 4 auf 21 Bio US\$, der Bestand an Direktinvestitionen, einem der wichtigsten Indikatoren der Globalisierung von knapp 2 auf 26 Bio US\$ und die internationalen Devisentransaktionen von 0,6 auf 5,1 Bio US\$ pro Tag (!) (WTO 2017, UNCTAD 2017, BIZ 2016).

2 Folgen der Globalisierung

Globalisierung beeinflusst wirtschaftliche, politische und soziale Prozesse und Ergebnisse. Hierbei können sich Effekte gegenseitig beeinflussen oder überlappen, neutralisieren oder verstärken. Diese Effekte selbst sind in der Regel nicht neutral, sie können sowohl für Beteiligte als auch für

nicht unmittelbar Beteiligte Vorteile oder Nachteile mit sich bringen. Davon betroffen sind einzelne Personen, Unternehmen, Institutionen, Länder oder auch Ländergruppen. Nicht immer sind die der Globalisierung zugeschriebenen Folgewirkungen unmittelbare Globalisierungsfolgen bzw. erstmals durch Globalisierung auftretende Effekte. Häufig sind es Folgewirkungen ökonomischer Entwicklungen, die durch Globalisierungsprozesse angestoßen oder verstärkt wurden, wie etwa der sich durch die Globalisierung intensivierende internationale Wettbewerb zwischen allen Akteuren oder sozio-ökonomische Strukturwandelprozesse in Ländern und Regionen mit Folgen für alle Beteiligten. In anderen Fällen sind es Folgen fehlender struktureller Anpassungsleistungen bzw. von Fehlallokationen von Unternehmen oder Staaten aber auch von Einzelpersonen, die nicht in der Lage waren bestehende Defizite oder Probleme, etwa in den Bereichen Führung, Bildung, wettbewerbsfähige Strukturen, zu erkennen und zu beseitigen. Falls diese Reaktionen nicht oder nicht schnell genug erfolgen, fallen die betreffenden Organisation, die Regionen oder die jeweiligen Personen im internationalen Wettbewerb zurück und erleiden absolute oder zumindest relative Verluste.

Globalisierung erfordert also eine beständig hohe Aufmerksamkeit sowie Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit. Sie wirkt als Katalysator, der Prozesse z. T. enorm beschleunigt, bestehende Tendenzen verstärkt und hierdurch die Akteure ständig mit neuen Situationen und Sachverhalten konfrontiert. Dabei werden häufig auch ergänzende Maßnahmen notwendig, um unerwünschte Wirkungen und Begleiterscheinungen zu entschärfen oder zu kompensieren.

Grundsätzlich kann sich durch Globalisierung der Zugang zu neuen Märkten - Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte - für alle Beteiligten verbessern, so dass Knappheiten effektiv reduziert werden und sich die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen insgesamt weltweit verbessert. Durch den ungehinderten Fluss von Investitionen können bessere und günstigere Produkte hergestellt, Wissens- und Technologietransfer gefördert und eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Hierdurch wachsen grenzüberschreitende Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten, die als Folge auch anderen Personen, etwa den im Heimatland verbliebenen Familienmitgliedern durch Remittances, verbesserte Lebenschancen ermöglichen: Globalisierung leistet somit also einen wichtigen Beitrag zur globalen Erhöhung des Lebensstandards.

Unterschiedliche negative Begleiterscheinungen, wie lokale Beschäftigungsverluste oder eine Überlastung der Umwelt sowie sich daraus entwickelnde Krisen, die sich mit verheerenden Folgen schnell ausbreiten, zeigen allerdings auch die Gefahren der globalen Vernetzung und der damit verbundenen Abhängigkeiten. Vor- und Nachteile sind keineswegs gleichmäßig verteilt. Es besteht daher inzwischen auch weitgehend Einigkeit darüber, dass Globalisierungsprozesse wirkungsvoller gemanagt und kontrolliert werden müssen, um krisenhafte Zuspitzungen und damit negative Effekte für Gruppen oder Gesellschaften zu verhindern oder zumindest zu reduzieren. Die Folgen der Globalisierung müssen daher differenziert betrachtet werden.

2.1 Grenzen verlieren ihre Schutzfunktion

Der mit der Globalisierung einhergehende ökonomische Bedeutungsverlust nationaler Grenzen bedeutet, dass diese auch ihre wirtschaftliche Schutz- und Abwehrfunktion verlieren – für die Nation und für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen: Einflüsse des Auslands wirken damit direkter auf die Nation, seine Bewohner und die im Inland ansässigen Unternehmen ein. Die Flüchtlingssituation in Europa seit Mitte 2015 verdeutlicht diese Situation und zeigt gleichzeitig

die Schwierigkeiten hierauf in angemessener Form zu reagieren. Für Einheimische kann dies auch einen Verlust von „Heimat“ oder zumindest des Gefühls von Heimat bedeuten, wie der dramatische Bedeutungszuwachs populistischer Parteien weltweit signalisiert.

Von der abnehmenden Schutzfunktion sind vor allem ehemals durch Protektionismus, nationale Eigenheiten oder Subventionen geschützte Länder, Gesellschaften, Gruppen oder Individuen betroffen. Diese konkurrieren nun mit leistungsstarken Akteuren rund um den Globus um Investitionen, Kunden oder Arbeitsplätze, aber auch um nationale (kulturelle) Eigenheiten und Werte. Privilegien, die sich im Schutz nationaler Grenzen entwickelten und den Zugang zu Ressourcen oder zu sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen ermöglichten, werden in Frage gestellt. Dies gilt auch für gesellschaftliche Strukturen und Systeme, wie etwa für die sogenannten westlichen Werte: Menschenrechte, Demokratie, Liberalität, ökologische Verantwortung oder Multikulturalität. Diese werden durch neue Wertemuster wie revisionistische Machtpolitik (Russland), Unilateralismus und Nationalismus (USA) oder Staatskontrolle und Autoritarismus (China) herausgefordert. Damit stehen alle *Teilsysteme* der Gesellschaft, kulturelle Wertesysteme als auch soziale, ökonomische und politisch-administrative Systeme, wie Rechtssystem, Sozialsystem oder Bildungssystem, unter einem permanenten Veränderungs- oder Rechtfertigungsdruck.

Daneben beeinflusst der ökonomische Bedeutungsverlust nationaler Grenzen auch alle Arten von *Prozessen*, etwa die Geschwindigkeit und Qualität von Wettbewerbs- und Strukturwandelprozessen, die ihrerseits wiederum wirtschaftliche Verteilungsprozesse von Einkommen und Vermögen und damit die sozialen Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft beeinflussen. Betroffene sind hierbei neben den Unternehmen wiederum alle Akteure der Globalisierung, wie Staaten und Staatengruppen, Organisationen und Institutionen, Gesellschaften sowie unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen und einzelne Individuen, aber auch die Umwelt bzw. die Natur als passiver Akteur. Die Folgen sind nur in den seltensten Fällen neutral. In der Regel ergeben sich für Teilgruppen der Akteure Vorteile bzw. neue Chancen, während sich für andere Nachteile oder neue Risiken ergeben.

Der Verlust der Schutzfunktion führt zu steigender *Transparenz*. Durch die Öffnung der Grenzen und die damit einhergehenden Deregulierungstendenzen, den ungehinderten elektronischen Informationsfluss und die zunehmende Anzahl von Kontakten und Netzwerken steigt die Transparenz in Bezug auf das wirtschaftliche, politische und kulturelle Geschehen der Länder und ihrer Akteure mit Auswirkungen auf alle am Globalisierungsgeschehen beteiligten Akteure im In- und Ausland. Informationen und damit auch Wissen und Einsichten, Technologien und Terminologien dringen leichter von innen nach außen. Staat, Unternehmen und Individuen unterliegen so einer verstärkten Außenkontrolle. Hierdurch nehmen Möglichkeiten Fehlentscheidungen, Besonderheiten oder Geheimnisse zu schützen oder geheim zu halten, vor allem im politischen und ökonomischen Bereich, ab, so dass Machtpositionen, Privilegien und „Reservate“ in Frage gestellt oder abgeschafft werden (Bankgeheimnis, Wikileaks). Der „rauere Wind“ zwingt die Akteure, adäquate Reaktionen, wie Innovationen, mehr Informationen, Partizipation oder Demokratisierung schneller umzusetzen, sodass die Adaption von Neuem erleichtert und Strukturwandel und Modernisierungsprozesse beschleunigt werden. Gleichzeitig dringen Informationen immer leichter von außen nach innen, sodass sich der Zugang zu relevanten externen Informationen durchgängig erheblich erleichtert. Dies wird erleichtert durch globale Netzwerke von Journalisten, Medien und Zeitungen, die durch Rechercheplattformen entscheidend zu der Aufdeckung und Analyse solcher Fehlentwicklungen beitragen, wie in jüngster Vergangenheit die Panama Papers, die Paradiese Papers oder das Daphne Projekt zeigen.

Eine problematische Politik (*bad governance*), die sich in schlecht konzipierten Rahmenbedingungen, mangelnder Rechtsstaatlichkeit und -sicherheit, Korruptionsanfälligkeit, Demokratiedefiziten, zu geringer Innovationsneigung, hoher Auslandsverschuldung oder wettbewerbswidrigen staatlichen Interventionen zeigt, wird negative Sanktionen nach sich ziehen: Globalisierungsmöglichkeiten werden eingeschränkt, Kapital wird per Kapitalflucht oder De-Investition abgezogen und Arbeitsmigration nimmt zu. Dies gilt insbesondere für leistungsfähige und gut ausgebildete Arbeitskräfte (*brain drain*). Umgekehrt wird eine weitsichtige, zukunftsorientierte Politik etwa durch Kapitalzuflüsse oder Exportsteigerungen honoriert. Dadurch werden neue Möglichkeiten geschaffen, weniger leistungsfähige Strukturen zu reformieren und die Gesellschaft zu modernisieren, um sich den ständig wachsenden Globalisierungsanforderungen anzupassen.

2.2 Intensivierung des Wettbewerbs

Der Verlust von Schutzfunktionen und die steigende Transparenz führen zu einer Intensivierung des Wettbewerbs für alle Akteure und damit zu permanent steigenden Anforderungen an alle Beteiligten. Staaten konkurrieren im *Standortwettbewerb* um Kapital und Investitionen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Unternehmen stehen im *Leistungswettbewerb* mit innovativen Unternehmen aus anderen Ländern, die auf globaler Ebene um Marktanteile, Ressourcen und Gewinne und damit um Marktmacht konkurrieren. Arbeitnehmer(gruppen) konkurrieren mit Arbeitnehmern aus anderen Weltregionen um *Arbeitsplätze* und damit um *Einkommen*, Ressourcen und Lebenschancen. Zudem stehen sie im Rahmen der Automatisierung und Digitalisierung in einem permanenten Wettbewerb mit Maschinen um knapper und anspruchsvoller werdende Arbeitsplätze.

Um ihre eigene Marktposition zu verbessern oder zumindest nicht zu verschlechtern oder gar vom Markt verdrängt zu werden sind die Betroffenen gezwungen „besser“ zu sein als ihre Konkurrenten. Dabei erhöhen sich die Anforderungen an die Anpassungsleistungen aller Wettbewerbsteilnehmer ständig. Sie müssen ihre Lern- und Leistungsfähigkeit beständig erhöhen, um effizienter, effektiver, innovativer und schneller zu werden. Dies gilt zumindest für die Teilnehmer, die bereit und in der Lage sind sich dem Wettbewerb aktiv zu stellen, wobei die Anforderungen mit dem allgemeinen Leistungsniveau ständig steigen. Für die Teilnehmer, die hierzu nicht in der Lage sind, reduzieren sich die Chancen, Gewinne oder Vorteile zu erzielen, dramatisch. Sie verlieren Marktanteile bzw. Beschäftigungsfelder, ihre Gewinnmöglichkeiten werden geringer, ihre Möglichkeiten Marktmacht durchzusetzen sinken und die Gefahr der Insolvenz bzw. des Ausscheidens „aus dem Markt“ wächst. *Unternehmen*, die auf die Herausforderungen nicht adäquat reagieren (können), verlieren aufgrund komparativ sinkender Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit globale Marktanteile, werden vom Markt verdrängt oder im internationalen Fusionskarussell als Übernahmekandidat gehandelt. *Staaten*, die nicht oder auf unpassende Weise auf die neuen Wettbewerbsherausforderungen reagieren, sind gezwungen, Unterstützungsmaßnahmen durch die internationale oder regionale Staatengemeinschaft in Anspruch zu nehmen, durch neue Abhängigkeiten Autonomieverluste hinzunehmen, erleben Legitimationsprobleme und politische Radikalisierungsprozesse. *Arbeitnehmer*, deren Qualifikationen und Fähigkeiten dem Wettbewerbsdruck nicht gewachsen sind, müssen sich mit schlecht bezahlter Arbeit, Teilzeitarbeit oder Arbeitslosigkeit begnügen und sind dabei auf reduzierte staatliche Unterstützungsmaßnahmen angewiesen, eine Entwicklung, die einhergeht mit sinkender Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Dadurch werden *Spezialisierungs-* und *Konzentrationsprozesse* beschleunigt und intensiviert. Die Akteure werden einerseits dazu gezwungen, sich stärker auf ihre (Kern-) Kompetenzen zu spezialisieren und diese ständig zu verbessern und sich andererseits zu größeren Einheiten zusammenzuschließen, zu konzentrieren, um die Chancen zur Durchsetzung eigener Interessen in dem globalisierten Feld der Wettbewerber zu erhöhen. Allerdings wächst durch Spezialisierung auch das allgemeine Unternehmensrisiko, da durch die geringere Diversifizierung Möglichkeiten zum Risikoausgleich verlorengehen. Durch Fusionen und Übernahmen (M&A) steigt die Unternehmenskonzentration und damit häufig auch die Fähigkeit, schnell, flexibel und innovativ auf Marktherausforderungen zu reagieren. So entstehen zunehmend grenzüberschreitende oligopolistische Strukturen, bei denen die großen TNCs eine neue Klasse bilden und einen wesentlichen Teil der neuen vernetzten Ökonomie darstellen, die das (Welt-) Marktgeschehen in hohem Maße bestimmen. Als Folge werden auch kleinere Unternehmen gezwungen, wettbewerbsfähige Größenordnungen zu erreichen oder in Nischen auszuweichen, um Überlebenschancen zu haben. Mit sinkender Anzahl der Konkurrenten nimmt die Wettbewerbsintensität tendenziell zu und damit auch die Möglichkeiten sich dem Wettbewerb durch wettbewerbsbeschränkende Absprachen zu entziehen. Die steigende Vermachtung der Märkte durch dominierende Anbieter bedroht zudem die Wahlfreiheit der Nachfrager und verringert die Chancen von neuen Wettbewerbern auf diesem Markt Fuß zu fassen.

Gleichzeitig steigen mit zunehmender Größe die politischen Einflussmöglichkeiten der Unternehmen und ihre Chancen, sich Nicht-Leistungsvorteile zu verschaffen. Regierungen tendieren dazu, große, „systemrelevante“ Unternehmen mit wettbewerbsverfälschenden Subventionen zu unterstützen, insbesondere dann, wenn Konkurse, eine Verlegung des Unternehmenssitzes oder die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland drohen. Ebenso sind große Unternehmen in der Lage, für sie ungünstige gesetzliche Regelungen, insbesondere kostenträchtige soziale oder ökologische Schutzregeln oder hohe Steuern, zu umgehen, in ihrem Sinne zu beeinflussen oder Privilegien in Anspruch zu nehmen. Ferner werden Möglichkeiten genutzt, sich durch günstige Transferpreissysteme oder Deals mit Steuerbehörden Vorteile zu verschaffen, die Politik zu beeinflussen oder Druck auf die Politikverantwortlichen auszuüben. Damit entsteht eine Tendenz zur globalen Polarisierung: Einigen mächtigen globalen Unternehmen (und Staaten) stehen viele kleine Unternehmen (und Staaten) gegenüber, die verringerte (Markt-, Umsatz-, Gewinn-, Überlebens-) Chancen aufweisen und sich damit in einer deutlich schwächeren Marktposition befinden. Es sei denn, es gelingt ihnen durch Innovationen in einem neuen Marktsegment zu dominieren oder die Position der bestehenden Marktführer zu schwächen, wie dies in der Vergangenheit insbesondere in dem hoch innovativen Informations- und Kommunikationssektor zu beobachten war.

Spezialisierungs- und Konzentrationstendenzen sind ebenfalls bei *Staaten* zu beobachten. Der Markt überprüft hier die (Teil-)Systeme und Strukturen in Bezug auf Ergebnisse und Kosten. Die Bereiche, die nicht mehr in der Lage sind im internationalen Wettbewerb zu bestehen, schrumpfen oder verschwinden vom Markt, auch wenn die Staaten regelmäßig aus unterschiedlichen Gründen versuchen, diesen Prozess durch Subventionen aufzuhalten oder zu verlangsamen. Zwar spezialisieren sich die meisten Länder sinnvollerweise nicht vollständig, viele positionieren sich jedoch deutlich. Diese Entwicklung zeigte sich zunächst, bedingt durch kolonialhistorische Vorgaben, im primären Sektor, also durch Spezialisierung und Konzentration auf den agrarischen und mineralischen Rohstoffbereich. Die Globalisierung verstärkte diese Tendenz zusätzlich durch Spezialisierungen im tertiären Sektor, vor allem mit den Schwerpunkten Tourismus, wie z. B. auf den Malediven oder europäischen Mittelmeeranrainern, und

Finanzindustrie (Offshore-Finanzzentren), wie in den bereits oben angesprochenen Steueroasen, etwa den britischen Virgin Islands oder den Kanalinseln Jersey und Guernsey. Auch hier werden jedoch, wie zuvor schon bei den agrarischen Monokulturen, die Gefahren und Risiken von Abhängigkeiten und Fehlentwicklungen deutlich.

Konzentrationsprozesse lassen sich sowohl auf intra- wie auch auf internationaler Ebene feststellen. So ist eine ständige Zentralisierungs- oder Konzentrationstendenz bei den großen Finanzzentren festzustellen. Insbesondere London, New York und Hongkong, verlieren nicht etwa Marktanteile, sondern gewinnen neue hinzu. Dieser Trend zur Konsolidierung auf hohem Niveau zeigt sich nicht nur weltweit, sondern auch innerhalb vieler Länder. Hier bilden sich mächtige nationale Finanzzentren heraus, während andere nationale Finanzplätze in den jeweiligen Ländern an Einfluss verlieren. Gründe für diese Verdichtung liegen vorwiegend darin, dass auch global agierende Finanzunternehmen leistungsfähige Zentralen mit kapitalintensiver technischer Infrastruktur und Experten benötigen, die sich vor allem an den wichtigen Knotenpunkten der internationalen Finanzströme finden.

Diese Entwicklung findet sich auch in Kooperationen von Staaten im Rahmen internationaler Organisationen, von Regionalintegrationen oder bei den neuen bi- und multilateralen Kooperations- und Integrationsabkommen. Auf diese Weise wird versucht, durch die Koordination mit ausgewählten globalisierungsaktiven Partnerländern strategische Vorteile zu erzielen. Die unterschiedlichen Erfahrungen der Partner lassen Synergieeffekte erwarten, die sich in Wettbewerbsvorteile umsetzen lassen. Hinzu kommt die wachsende Verhandlungsmacht von in Bündnissen zusammengeschlossenen Ländern.

Ein anders gelagertes globales Problem stellt das wettbewerbsbedingte *Umwelt-* oder *Ökodumping* dar. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer kompensieren fehlende Wettbewerbsvorteile durch die strategische Nutzung von niedrigen inländischen Schutzniveaus. Ökodumping kann dann unterstellt werden, wenn die Kosten für die Inanspruchnahme der Produktionsfaktors Umwelt und die Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden nicht in angemessenem Umfang in die Produktionskosten einfließen. Die Kosteneinsparungen stärken zwar die internationale Wettbewerbsposition des betreffenden Landes, verschlechtern aber auch die nationale Gesundheits- und Umweltsituation und intensivieren die globalen ökologisch-klimatischen Probleme. Zudem werden die auf diese Weise erzielten Wettbewerbsvorteile von den Mit-Wettbewerbern als unfair empfunden. Begünstigt wird diese Entwicklung durch das globalisierungsbedingte Größenwachstum bzw. die Konzentration der Unternehmen und die dadurch entstehende Marktmacht, die diese in die Lage versetzt, die Umweltpolitik der Länder zu ihren Gunsten zu beeinflussen bzw. bestehende Regelungen zu unterlaufen.

Die mit dem Anstieg der Transaktionen, der steigenden Transparenz und der Wettbewerbsintensivierung zunehmende *Komplexität* führt zu einer neuen Unübersichtlichkeit in allen gesellschaftlichen und ökonomischen Bereichen. Der Zugang zu mehr, umfassenderen und relevanten Informationen erhöht die Anforderungen an Informationsgewinnung und -verarbeitung und die Notwendigkeit schnell und flexibel auf Entwicklungen und Veränderungen zu reagieren. Diese mit der Komplexität und neuen Dynamik verknüpften Anforderungen können viele Akteure überfordern, so dass damit auch die Wahrscheinlichkeit zunimmt, dass neue Risiken unerkannt bleiben und die Krisenanfälligkeit zumindest von Teilsystemen wächst.

2.3 Ungleiche Verteilung

In engem Zusammenhang mit der Intensivierung des Wettbewerbs beeinflusst Globalisierung die Verteilung von Einkommen und Vermögen auf Teilnehmer und Nicht-Teilnehmer an den Globalisierungsprozessen. Einzelne Staaten, Sektoren in den jeweiligen Ländern, Unternehmen, gesellschaftliche Gruppen ziehen Vorteile aus der Globalisierung, während andere Nachteile erleiden. So profitieren keineswegs alle beteiligten Länder oder sozialen Gruppen von der Globalisierung und schon gar nicht in gleichem Umfang. Die Möglichkeit Vorteile zu erzielen hängt von der Art und Intensität der Teilnahme, von den geforderten und vorhandenen Voraussetzungen, von der Wettbewerbssituation, von Zeitfaktoren oder den gewählten Strategien ab. Per Saldo erzielen daher einzelne Länder, Gruppen oder Individuen Netto-Gewinne andere erleiden Netto-Verluste. Negative Folgen bestehen in der Regel in Einkommens- oder Gewinneinbußen bzw. Verlusten und können weitergehende Folgen, wie Insolvenz (auf privater, nationaler oder Unternehmensebene) oder unterschiedliche Arten von Konflikten mit sich bringen.

Globalisierungsgewinne werden also mit Verteilungsnachteilen und damit auch Verteilungskonflikten vor allem auf nationaler und zum Teil auch auf internationaler Ebene erkauft, etwa um Investoren, zwischen verschiedenen Regionen oder zwischen einzelnen Ländern innerhalb einer Region. Vor allem aber konkurrieren unterschiedlich leistungsfähige Sektoren in den Ländern miteinander. Globalisierung funktioniert hierbei, wie erwähnt, eher als Katalysator. Sie erzeugt die Strukturwandelprobleme i.d.R nicht, beschleunigt sie jedoch teilweise so stark, dass Art und Geschwindigkeit der notwendigen Anpassungsprozesse die politisch-ökonomische Kompetenz der betroffenen Staaten überfordert.

Interessanterweise haben die Ungleichgewichte auf globaler Ebene zwischen *Ländern* in den letzten 15 Jahren tendenziell abgenommen. So ist beispielsweise die Zahl der Menschen, denen weniger als 1,25 US-Dollar täglich zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts zur Verfügung stehen, zwischen 1990 und 2015 um 56 % gesunken, während im gleichen Zeitraum die Weltbevölkerung um 37 % angestiegen ist.

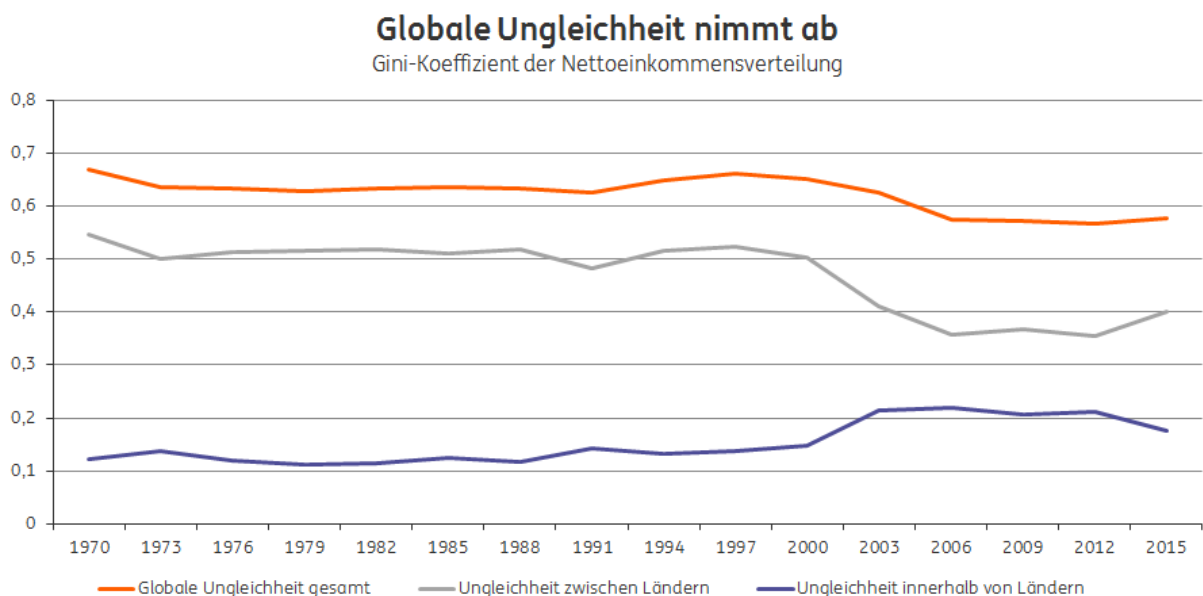


Abb. 1 Entwicklung globaler Ungleichheit

Quelle: Hammar/Waldenström (2017) <ftp.iza.org/dp10762.pdf>, Fig. 8, S. 38

Dagegen haben sich die Einkommensunterschiede innerhalb der Länder verstärkt. So konkurrieren in den Unternehmen unterschiedliche Qualifikationsstufen von Arbeit, flexible mit weniger flexiblen Arbeitnehmern, Arbeit und Kapital sowie (Noch-) Arbeitsplatzbesitzer mit Arbeitssuchenden um knapper werdende Arbeitsplätze mit zunehmend höheren Anforderungen. Im Verlauf dieser Prozesse vergrößert sich die Einkommensschere zwischen den leicht „austauschbaren“ Niedriglohnbeziehern und den wichtigen „strategischen Gruppen“ innerhalb der Unternehmen. Beispielsweise stieg der Gini-Koeffizient in den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion zwischen 2005 und 2014 von 0,29 auf 0,31 (in Deutschland von 0,26 auf 0,31). Die positiven ökonomischen Effekte der Globalisierung sind also keineswegs bei jedem angekommen und die Politik war bislang noch nicht in der Lage, diese Ungleichheit auszugleichen.

Die sich intensivierende Konkurrenz um Arbeitsplätze findet sowohl direkt auf dem inländischen Markt durch steigende Importe als auch indirekt auf den eigenen Exportmärkten durch ausländische Exportproduktionen statt. Da der Industrialisierungsgrad vieler Länder zunimmt, sind immer mehr Länder in der Lage Standardproduktionen zu übernehmen, so dass der sich Preiswettbewerb laufend intensiviert. Während die eher flexiblen und mobilen Unternehmen den neuen Herausforderungen durch *offshoring* und *outsourcing* begegnen, ist dies den eher immobilen Arbeitnehmern kaum möglich. Flexible Unternehmen sind dagegen in der Lage, dem Nationalstaat Ressourcen, die dieser benötigt, um Sozialleistungen zu erbringen, durch Verlagerung des Unternehmenssitzes in das Ausland zu entziehen, wobei die Unternehmensmacht mit deren „Systemrelevanz“ zunimmt.

Die sich verstärkende Ungleichheit zwischen Leistungsfähigen und weniger Leistungsfähigen, zwischen Anpassungsbereiten und Nicht-Anpassungsbereiten gilt wiederum für alle Ebenen für Staaten und Gesellschaften, für Unternehmer und Arbeitnehmer und vor allem für Arbeitnehmer und Individuen allgemein. Diese Entwicklung geht einher mit einer Zunahme von Tendenzen zur Spaltung sowie zu Konflikten und Widerstand. Die wachsende Ungleichheit zwischen sozialen Gruppen und betroffenen Regionen bedroht die *soziale* und *politische Stabilität*. Sie grenzt einzelne Länder oder Regionen, Gruppen oder Individuen aus und koppelt sie von potenziellen Globalisierungsvorteilen ab. Ungleichheit und dauerhafte Verlierer fördern politische Unruhen und verschärfen die Fragilität von Staaten, fördern internationalen Terrorismus und sind Auslöser für internationale Flüchtlingsbewegungen. Staatliche Fragilität zeigt sich in dem Zerfall von Institutionen und Strukturen bzw. in der mangelhaften Fähigkeit diese aufzubauen oder den strukturellen Erfordernissen anzupassen. Staatliche Instanzen sind nicht (mehr) in der Lage, ihre Funktionen wahrzunehmen. Staatliche Leistungen, wie öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtssicherheit, funktionierende Wirtschafts- und Finanzstrukturen werden nicht (mehr) bereitgestellt. Das Erstarken (rechts-) radikaler Parteien und der Ruf nach „starken Persönlichkeiten“ teilweise vom linken, meist aber vom rechten Rand gehen über in bewaffnete Auseinandersetzungen und das Entstehen von Bürgerkriegen oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Terrorismus bedroht zunächst die Sicherheit in einzelnen Staaten sehr real, wie die regionalen Krisenherde in Zentralasien, Nahost oder Afrika zeigen. Global und flexibel agierende militante Kader extremistischer Gruppierungen bedrohen die nationale Sicherheit. Sie sind in der Lage, die mit der Globalisierung zwangsläufig größer werdenden nationalen Sicherheitslücken zu nutzen, und ganz unterschiedliche Bedrohungspotenziale einzusetzen, dafür bilden sie globale Netzwerke, erschließen neue Finanzierungsquellen und nutzen globale soziale Medien. Im

Gegensatz zur internationalen Kriminalität verfolgen terroristische Netzwerke eher politische Ziele, die aber durchaus mit ökonomischen Interessen verknüpft sein können.

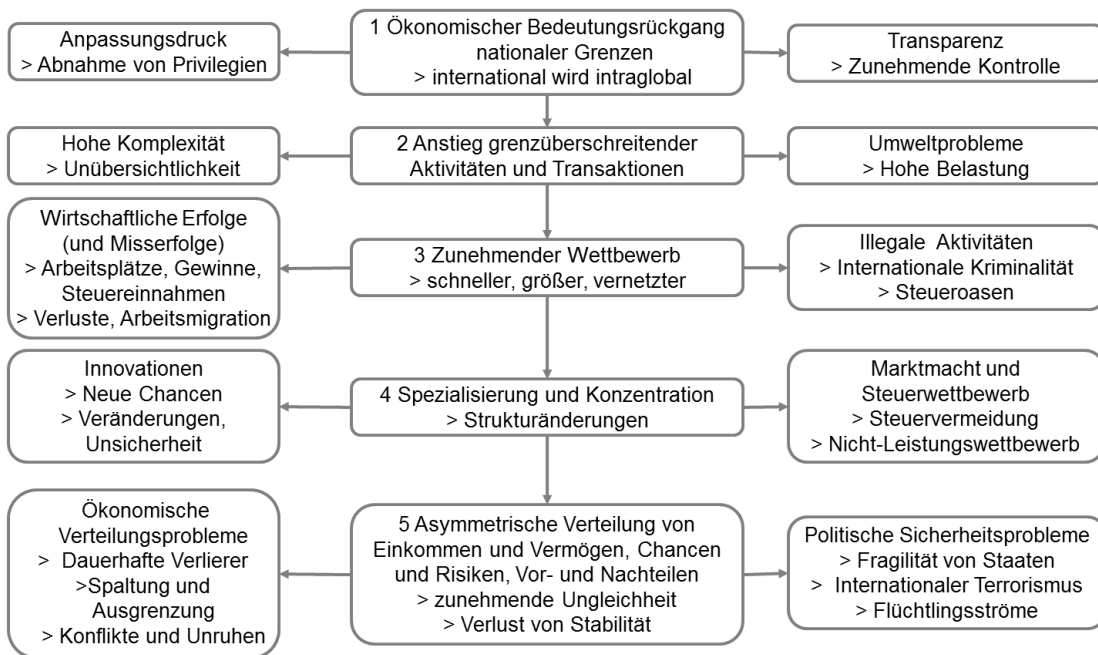


Abb. 2 Folgen der Globalisierung - Überblick © E. Koch

2.4 Steigende Umweltbelastungen

Die durch die Zunahme von Produktion und Konsum steigenden Transporte verursachen Umweltschäden auf dem Land, in der Luft und auf dem Wasser. Dies schließt alle Arten von kurz- und langfristigen Klimaschäden durch erhöhte Schadstoffbelastung genauso ein wie Infrastrukturschäden und Belastungen der Flora und Fauna. Erschwerend wirkt hierbei, dass in vielen Ländern die Transportpreise subventioniert werden, etwas durch Steuerbefreiungen, wie im Fall des mehrwertsteuerbefreiten Kerosins, so dass die Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme der bestehenden Infrastruktur praktisch nie den tatsächlichen Kosten entsprechen („Transportkosten-Dumping“). Argumentiert wird, dass eine höhere Belastung der Transporte mit den Kosten für die Erhaltung der Infrastruktur und die Beseitigung von Umweltschäden diese verteuern und zu einer Bevorteilung der weniger transportkostenintensiven regionalen Produktion führen und damit Globalisierungsprozesse verlangsamen würde.

3 Politische Strategien

3.1 Nationale Strategien

Trotz der Tatsache, dass vor allem Unternehmen sich verhältnismäßig leicht der Wirksamkeit nationalstaatlicher Politik entziehen können, sind Nationalstaaten und vor allem Staatenzusammenschlüsse nach wie vor in der Lage vor allem durch zwei Politikstrategien, *Standortpolitik* und *Kompensationspolitik*, Einfluss auf die Globalisierung und deren Folgen zu nehmen. Erfolgreich können diese Politikstrategien jedoch nur dann sein, wenn die jeweiligen

Regierungen bereit und in der Lage sind, deren wesentlichen Elemente im Rahmen von Gesamtkonzepten zusammenzufassen, ihre Wähler hiervon zu überzeugen und diese dann auch umzusetzen. Dies wiederum hängt meist auch von der ökonomisch-politischen Stärke des jeweiligen Landes und dessen Position und Durchsetzungsstärke in dem jeweiligen Staatenverbund ab. Im Folgenden wird der Einfachheit halber die Situation eines westlichen Industrielandes das Ausgangsbeispiel darstellen.

3.1.1 Standortpolitik

Eine richtig verstandene Standortpolitik sollte sich an einer *Vision* orientieren. Diese könnte beispielsweise folgendermaßen lauten:

„Die Rahmenbedingungen eines Landes müssen so gestaltet werden, dass das nationale Territorium für in- und ausländische Wirtschaftsteilnehmer so attraktiv ist, dass die eigene Bevölkerung, zumindest aber seine überwiegende Mehrheit, einen möglichst großen Nutzen aus der Globalisierung ziehen kann, ... “ mit der wichtigen Nebenbedingung „ ... möglichst ohne die Globalisierungsmöglichkeiten anderer Länder entscheidend zu beeinträchtigen.“

Dabei geht es sowohl um die Verbesserung von unternehmerischen Produktions- und Investitionsbedingungen als auch um die Verbesserung und den Schutz von Beschäftigung als notwendige Voraussetzung für die ausreichende Sicherung des Lebensunterhalts der Bevölkerung. Standortpolitik, als übergreifender Politikansatz verstanden, umfasst damit eine Vielzahl von Politikfeldern, wie beispielsweise die Fiskal-, Wettbewerbs-, Sozial-, Beschäftigungs- oder Umweltpolitik. Bei allen Entscheidungen ist die Politik gezwungen die konkurrierenden Länder und deren mögliche Reaktionen ins Kalkül zu ziehen und andererseits die Mechanismen und Voraussetzungen der Globalisierung kreativ und konstruktiv weiterzuentwickeln.

Die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen beeinflusst die unternehmerischen Entscheidungsparameter und die Innovationsmentalität und -fähigkeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und einer Volkswirtschaft insgesamt. Diese Rahmenbedingungen müssen - am sinnvollsten im Rahmen einer Gesamtstrategie - an die Globalisierungsherausforderungen angepasst werden, obsolet gewordene müssen durch international wettbewerbsfähigere Strukturen ersetzt werden, um das Kreativitätspotenzial der Gesellschaft dauerhaft zu mobilisieren.

Verlässliche politische Rahmenbedingungen

Von zentraler Bedeutung ist das politische System. Die Bereitstellung verlässlicher und transparenter politischer Rahmenbedingungen, die etwa demokratische Teilhabe und effektive Kontrolle der politischen Organe und Entscheidungen ebenso garantieren wie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bilden die Grundvoraussetzung. Dies gelingt durch funktionsfähige, kontrollierbare politische Institutionen und Organe, die das Vertrauen in die Kontinuität politischer Entscheidungen und die Abwesenheit bzw. laufende Reduzierung von Korruption und Bestechlichkeit sicherstellen. Entscheidungen und deren Folgen müssen sich ständig dem Vergleich mit konkurrierenden Systemen und dem Urteil externer Instanzen, wie internationaler Organisationen, unabhängiger Beobachter sowie den Märkten und ihren Funktionsprinzipien stellen. Die Anpassung an beschleunigte Strukturwandel- und Modernisierungsprozesse erzwingt transparente Frühwarnsysteme, eine effektive kontrollierbare Arbeit von Aufsichtsorganen und von international vergleichbaren Informations- und Rechnungslegungssystemen.

Rationale Wirtschaftspolitik mit Augenmaß

Das Wirtschaftssystem muss zukunftssicher gestaltet werden. Eine leistungsfähige Infrastruktur (Technik, Wissenschaft, Verkehr) muss zukünftige Globalisierungsherausforderungen antizipieren. Genehmigungsverfahren müssen schlank und effizient gestaltet werden, etwa durch One-Stop-Shops. Steuer- und Kostenentlastungen verbunden mit der Förderung von Eigeninitiative und Innovationen stärken die Wettbewerbsfähigkeit. Die Rahmenbedingungen müssen durch steuer-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken und die Beschäftigung sichern. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen und Handlungen der Wirtschaftsakteure müssen zuverlässig verhindert werden, um diese zu einer verstärkten Marktorientierung und einer Steigerung der kosten- und innovationsorientierten Leistungsfähigkeit zu veranlassen. Um auf neue Märkte, neue Marktsituationen sowie politische und kulturelle Konstellationen adäquat reagieren zu können, müssen zukunftsweisende Strategien und Geschäftsmodelle gefördert werden. Clusterinitiativen müssen für die Wahrnehmung von Lern- und Synergieeffekten und damit von Wettbewerbsvorteilen gestärkt werden, etwa durch eine geeignete Infrastruktur, Start-up-Initiativen und zielgenaue Weiterbildungsmöglichkeiten.

Ein gerechtes mit einer zeitgemäßen Industriepolitik verknüpftes Steuersystem

Das *Steuersystem* muss eine angemessene und als gerecht empfundene Besteuerung sicherstellen und dafür Steuervermeidungsstrategien und Steuerflucht reduzieren. Extreme Gehälter können durch Reduzierung der Möglichkeiten für Unternehmen, diese in vollem Umfang körperschaftssteuerminierend zu berücksichtigen, abgeschöpft werden. Gleichzeitig muss das staatliche Ausgabenwachstum der notwendigen Begrenzung der Staatsverschuldung zur Aufrechterhaltung der staatlichen Handlungsfähigkeit Rechnung tragen. Vermögensteuern können den Gerechtigkeitsgedanken unterstützen. Hinzu käme eine strategisch mittel- bis langfristig ausgerichtete *Industriepolitik* zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben etwa in den Bereichen Digitalisierung und Produktivitätsförderung, Infrastrukturausbau, Einwanderungspolitik und Migration, die vor allem auch auf Start-ups und KMUs gerichtet sein müsste. Die Nutzung von staatlichen Ressourcen zur strategischen Bündelung von Kapazitäten um einer als unlauter empfundenen Konkurrenz durch nationale strategisch ausgerichtete Fonds (z.B. China, Nahost, Norwegen) etwas entgegenhalten zu können, sollten umgesetzt werden. Insgesamt sollte die wirtschaftliche Liberalisierung mit Augenmaß betrieben werden. Einem „Ausverkauf“ von Schlüsselindustrien muss zur Wahrung eigener Interessen entgegen getreten werden nach dem Motto: Freier Handel ja, nicht aber offene Flanken um jeden Preis.

Unabhängige Rechtssysteme garantieren Rechtssicherheit

Rechtssysteme unterliegen einem ständigen Zwang zur Integration supranationaler Vereinheitlichungsanforderungen. Sie müssen daher Sachverhalte außerhalb des eigenen Rechtsraumes berücksichtigen, etwa durch die Umsetzung von EU-Richtlinien, den kontrollierten Abbau von Subventionen und die Verstärkung von Anti-Korruptionsmaßnahmen. Das Rechtssystem muss frei sein von politischen Einflüssen und über eine an anerkannten Rechtsgrundsätzen orientierte unabhängige Rechtsprechung verfügen, die die Rechtsdurchsetzung durch qualifizierte Organe sicherstellt und Rechtssicherheit für alle Individuen garantiert (*rule of law*). Gleichzeitig muss die in der Praxis häufig extrem lange Dauer von Gerichtsverfahren wegen z. T. aufwendiger Absicherungsstrategien gegen die Aufhebung

oder Revision von Urteilen drastisch verkürzt werden. Die Sicherstellung und Verteidigung von Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit durch Gesetze und eine unabhängige Judikative sind fundamental.

Zukunftssichere wandlungsfähige Bildungssysteme

Ein zukunftssicheres, internationale Standards setzendes Bildungs- und Ausbildungssystem stellt die für einen dynamischen Strukturwandel geeigneten Humanressourcen bereit und beschleunigt die Diffusion von Wissen. Neue inhaltliche und formale Kompetenzanforderungen müssen laufend integriert werden, wobei die permanente Aktualisierung der Bildungs- und Ausbildungsinhalte sowie Vollzeitausbildungen und Weiterbildungsnotwendigkeiten miteinander konkurrieren. Der zunehmenden Akademisierung der Ausbildung oder dem wachsenden Interesse an berufsbegleitender Bildung muss Rechnung getragen und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigt werden. Das Bildungssystem ist die zentrale nationale Stellschraube zur Reduzierung der durch die Fachkraftlücke und die Altersstruktur der Bevölkerung verursachten Arbeitsmarktprobleme.

Kooperation und Integration

Schließlich müssen die Politikansätze eingebettet sein in eine verlässliche Integrationspolitik, die die eigene Wirtschaft mit anderen Ländern verzahnt, Kooperationsansätze vorantreibt und gemeinsame Regelungen effektiv umsetzt, um so notwendige Strukturwandelprozesse in Gang zu setzen und zu erleichtern. Dies erfordert u.a. eine Zusammenarbeit in geld- und währungspolitischen Fragen sowie bei der Ausgestaltung des Finanzwesens. Hierzu kann auch die Unterstützung gemeinschaftlicher militärischer Abwehraktionen im Ausland durch funktionsfähige Einheiten gehören. Globalisierungsbedingt haben Staaten auch die Aufgabe international bzw. regional getroffene Entscheidungen auf nationaler Ebene umzusetzen. Als nationalstaatlicher Unterbau für die Umsetzung internationaler Politikvereinbarungen üben sie eine Scharnierfunktion zwischen den internationalen Institutionen und Entscheidungsträgern und den Nutznießern dieser Entscheidungen, den Individuen, gesellschaftlichen Gruppen sowie den Institutionen und Unternehmen aus.

3.1.2 Kompensationspolitik

Die Globalisierung bietet immer noch unendlich viele Chancen für viele. Der Tatsache, dass dies niemals für alle gleichermaßen gilt, seien es Staaten, Unternehmen, verschiedene soziale Gruppen oder einzelne Menschen, wurde dabei durchweg zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Folge ist, dass die Betroffenen „abgehängt“ werden und keine reale Chance erhalten von der Globalisierung zu profitieren. Mit der größer werdenden Schere zwischen arm und reich, zerbricht auch der Traum von Aufstiegschancen - in den USA der *american dream*. „Wohlstand für alle“ bleibt ein leeres Erhard-Versprechen der 1950er Jahre, die Mittelschichten bröckeln, Realeinkommen sinken, Abstiegsängste nehmen zu, viele Menschen fühlen sich ausgegrenzt und sozial isoliert. In Deutschland verdienen heute viele Menschen weniger als vor zwanzig Jahren, der Niedriglohnsektor ist gewachsen, Arbeitsplatzsicherheit gibt es in vielen Branchen und für niedrig Qualifizierte nicht mehr - Menschen werden überflüssig. In den USA werden diese Personen bereits als *surplus humans* bezeichnet oder gleich als *white trash*. Das gilt vor allem für die früheren Industrieregionen, in denen die Beschäftigungsverluste durch die wegbrechenden „alten Industrien“ nicht kompensiert werden konnten. Beispiele sind der häufig genannte *rust belt* in

den USA, der deindustrialisierte Norden Frankreichs, wirtschaftlich vernachlässigte Teile der neuen und alten deutschen Bundesländer oder die „altindustriellen“ Regionen in Wales und England. Es gilt aber auch generell für wirtschaftsschwache und wenig wettbewerbsfähige ländliche Gebiete in Europa und für Länder oder gleich ganze Ländergruppen in Afrika, Nahost, Asien und Lateinamerika.

Über das „Fitmachen“ der Staaten durch die Standortpolitik wurde die Kompensationspolitik vernachlässigt. Man nahm vereinfachend an, dass auch die benachteiligten Bevölkerungsgruppen über *trickle down* Effekte zumindest teilweise an den Globalisierungsgewinnen teilhaben könnten. Nun erkennt man - reichlich spät - dass diese Effekte nicht eintraten. Doch geht es hierbei keineswegs nur um ökonomische Fakten, sondern mehr noch um „Gefühle“. Um das Gefühl, „es nicht zu schaffen“, „keine Chance zu haben“, „nicht dazugehören“ oder „sozial teilhaben zu können“ aber auch von den „Anderen“, den „Fremden“ von Migranten „überrollt zu werden“. Die Interessen und Gefühle dieser Gruppen spielten in der „großen Politik“ eine viel zu geringe Rolle. Hier dominiert die Stärkung der Leistungsfähigkeit - vor allem der kosmopolitischen Städte. Vereinfacht lässt sich diese immer wieder neu aufflammende Konfrontation daher auch als ein Aufstand der ländlichen Regionen gegen die Städte sehen.

Belege dafür gibt es in vielen Ländern - in den USA, Polen, Großbritannien, Frankreich, der Türkei oder auch in Thailand. Folge ist, dass die „andere Seite“ zurückschlägt und ihren neuen gewählten Vertretern zjubelt, mögen diese Trump, Marine (Le Pen), Beppe Grillo, aber auch Erdogan, Putin oder Duterte auf den Philippinen heißen. Auch wenn diese durch die von ihnen propagierten „einfachen“ Politiken, bei der vielfach eine neue Isolationspolitik und eine vermeintlich möglich Rückkehr zu Vor-Globalisierungszeiten, im Zentrum steht, für ihre Wähler keine Vorteile erzielen werden. Der erste große Ansturm dieser selbst ernannten sog. populistischen „Volksvertreter“ konnte zwar bislang in einigen Ländern noch abgewehrt werden, dies ist jedoch keine Garantie für die Zukunft, wie die Beispiele USA, Polen, Ungarn oder Italien zeigen.

Kompensationspolitik soll Ungleichheit und Ungerechtigkeit mindern und dient utilitaristisch zur „Verhinderung von Schlimmeren“ also von kontraproduktiven Gegenreaktionen, wie dem Erstarken von Populismus, Nationalismus oder dem gänzlichen Zerfall von Gemeinschaften. Es geht ihr darum, individuelle, strukturelle oder regionale Nachteile auszugleichen, zu kompensieren. Sie hat die Aufgabe benachteiligte Personengruppen gezielt unterstützen bzw. zu (re-)qualifizieren, den strukturellen Verlust von Arbeit durch den Export von Arbeitsplätzen zu beseitigen und strukturelle regionale Nachteile zu beseitigen. Dabei verknüpft und bündelt sie bekannte Politikansätze unter einem neuen Blickwinkel. Dabei muss sie versuchen ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit durchzusetzen, indem sie die Rechte und Beteiligungschancen derjenigen erhöht, die weniger mobil und zu wenig flexibel sind, um Globalisierungschancen aktiv wahrnehmen zu können. Neben den Menschen gilt dies insbesondere auch für den immobilen Produktionsfaktor „Umwelt“. Politische Maßnahmen, die bislang getrennt voneinander gesehen wurden, können damit unter einer gemeinsamen Zielrichtung vorangebracht und umgesetzt werden, so dass sie stärker in das Zentrum der Politik, also in die Programmgestaltung der Parteien und das Regierungshandeln, rücken. Durch die Bündelung verschiedenartiger Instrumente können die Zielgruppen und die angestrebten Effekte besser erreicht werden.

Auch internationale Organisationen, wie der IWF oder die OECD, denken verstärkt in diese Richtung. Angesichts der Entwicklung arbeitssparender neuer Technologien und der globalen Arbeitsteilung, einer weltweit sinkenden Lohnquote sowie der zunehmenden Ungleichheit und Ungleichgewichte plädieren sie dafür, Arbeitnehmer besser auf diese neuen Entwicklungen

vorzubereiten und schlagen beispielsweise auch neue höhere Steuern für reiche und global agierende Unternehmen vor. Auch die EU legte bereits neue Vorschläge für ein sozialeres Europa vor. In Deutschland geht das neue alte Motto der SPD, „soziale Gerechtigkeit“, zwar in die richtige Richtung, greift aber zu kurz. Dies gilt im Übrigen auch für viele Vorschläge der internationalen Organisationen. Kompensationspolitik ist ein wirksames Etikett, unter dem dezidierte Maßnahmen zum Nachteilsausgleich sichtbar werden. Auch wenn die meisten Ansätze bekannt sind, müssen sie doch besser integriert und damit erkennbarer und effektiver für die betroffenen Personengruppen werden, deren Lebenschancen sich dramatisch verbessern müssen.

Im Zentrum steht dabei eine weit gefasste *Arbeitsmarkt-* und *Bildungspolitik* mit familien-, bildungs- und beschäftigungspolitischen Komponenten, die Beschäftigungshindernisse beseitigt und ungleiche Situationen bewusst auch ungleich behandelt. Diese reicht von leistungsfähigen Einrichtungen für Kinder- und Jugendliche, über die regelmäßige Bereitstellung von zwei Fachkräften für Problemklassen, gezielte Verringerung individueller Kompetenz- und Qualifizierungsdefizite, eine flexible berufliche Bildung und gezielte effektive Umschulungen zur schnelleren Anpassung an technischen Wandel und (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt, flankiert von einer reformierten Steuerpolitik mit größerer Entlastung niedriger und stärkerer Belastung höherer Einkommen sowie von negativen Steuersätzen für Nicht-Einkommensbezieher. Hinzu kommen Obergrenzen und eine weitgehende Abschaffung von Ausnahmen für Zeitarbeit und eine regelmäßige Anhebung der Mindestlöhne um festgelegte höhere Prozentsätze. Neben einer freiwilligen Ausdehnung von rentenrelevanten Altersgrenzen sollten flexible Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere zur verstärkten Nutzung von Erfahrungswissen ermöglicht werden und etwa durch Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten gefördert werden.

Integraler Bestandteil der Kompensationspolitik muss eine spezifische *Regionalpolitik* für benachteiligte ländliche Regionen sein. Diese könnte koordiniert werden durch die vereinzelt schon vorhandenen Ministerien für den ländlichen Raum. Zentral geht es dabei um die Schaffung neuer Chancen und eine Reparatur von Identitätsverlusten. Dafür bedarf es bürgernäherer politischer Strukturen und eine bessere Versorgung mit öffentlichen und privaten sozialen Diensten im ländlichen Raum. So muss der Zugang zu Ämtern, zu ärztlichen und pharmazeutischen Dienstleistungen und Bildungseinrichtungen auf- und nicht abgebaut werden. Dies kann durch Verpflichtungen, Subventionierung, eine mobile Bereitstellung oder zumindest eine tageweise Versorgung geschehen. Gekoppelt werden muss dies durch eine verbesserte öffentliche Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum, etwa durch die Einbeziehung privater Verkehrsanbieter. Zudem müssen Arbeitsplatzverluste durch globalisierungsbedingte „Auslagerungen“ von industriellen Arbeitsplätzen sowohl in Ballungsgebieten als auch in ländlichen Gebieten (*remote areas*) ausgeglichen werden. Dies kann beispielsweise geschehen durch subventionierte Standorte - Fläche, Verkehrsanbindung, Arbeitskosten, Breitbandausbau.

Dies sind keine „Geschenke“ für eine bestimmte Klientel oder eine besondere Form der Sozialpolitik. Vielmehr handelt es sich hier um Investitionen zur Beseitigung von Defiziten beim Zusammenhalt einer durch die Globalisierung unter Druck geratenen Gesellschaft und zur Erhöhung von Chancengleichheit. Einwände einer mangelnden Finanzierbarkeit lassen sich durch den Verweis auf gestiegene Steuereinnahmen, neue Steuermodelle, die auch eine Vermögenssteuer, höhere Erbschaftssteuern für Firmenerben, höhere Spitzensteuersätze und eine Änderung des Steuersplittings umfasst sowie auf Umschichtungen in den Haushalten entkräften. Hinzu kommen zusätzliche Steuereinnahmen aus der aktiven Bekämpfung von Steueroasen und eine Bindung von Unternehmenssteuern für globale Unternehmen an die in den jeweiligen Ländern erzielten Wertschöpfungen. Mittel aus einer Erhöhung der

Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung könnten beispielsweise für eine allgemeine Altersgrundsicherung für frühere Niedriglohnbezieher eingesetzt werden. Zudem müssen keineswegs alle Maßnahmen gleichzeitig umgesetzt werden. Vielmehr geht es darum ein glaubwürdiges Gesamtkonzept mit klaren Zielen, einer erkennbaren Strategie und einem Zeitplan vorzulegen, dessen Wirksamkeit ständig evaluiert wird und das sich keineswegs leistungsmindernd auswirken darf.

Kompensationspolitik muss als gleichgewichtiger flankierender Pfeiler eines glaubwürdigen, transparenten und verlässlichen Politikversprechens neben der Standortpolitik stehen und diese untermauern. Der Staat verstärkt hierdurch seine aktive Rolle und wirkt sozialen Spaltungstendenzen und Entwicklungen, die Ungerechtigkeit und Ungleichheit verstärken, entgegen. Auch eine vorübergehende Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit kann in Kauf genommen werden. Für Deutschland wäre dies angesichts der berechtigten inzwischen weltweiten Kritik an den hohen Leistungsbilanzüberschusses geradezu erwünscht. Nachdem „links“ und „rechts“ ihre prägende Wirkung verloren haben, kann es für die etablierten Parteien nur darum gehen, ihr Profil durch eine jeweils parteikonforme Balance zwischen beiden Politiken zu schärfen.

Koordination durch	Fördern der Globalisierungsprozesse (Standortpolitik)	Verringerung von Globalisierungsnachteilen (Kompensationspolitik)
Märkte	Neoliberale Option "Der Markt gestaltet": Märkte und ihre Marktteilnehmer schaffen für alle Beteiligten optimale Voraussetzungen	
Nationale Politik (Gebietskörperschaften: Bund und Länder)	<ul style="list-style-type: none"> • Rationale grundsatzbasierte Politik mit verlässlichen Institutionen, Strukturen und Prozessen und transparenten Rahmenbedingungen • Gerechtes Steuersystem, geringe Staatsverschuldung und eine strategische Industriepolitik • Unabhängiges Rechtssystem und Rechtssicherheit • Innovations- und Bildungspolitik verbunden mit einer zukunftsfähigen Infrastruktur- und Investitionspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsmarkt-, Sozial – und Bildungspolitik • Regionalpolitik für vernachlässigte Regionen • Horizontaler (Länder-) Finanzausgleich • evtl. Temporäre Kapitalverkehrskontrollen

Abb. 3 Nationale Politikansätze zur Gestaltung der Globalisierung - Übersicht © E. Koch

3.2 Globale Strategien

Der Weltmarkt setzt sich zusammen aus einer Vielzahl nationaler Teilmärkte, die von den jeweiligen nationalen Instanzen in sehr unterschiedlicher Weise reguliert und kontrolliert werden. Für flexible Marktteilnehmer hat dies den Vorteil, dass sie etwa bei Unternehmenszusammenschlüssen, beim steuerpflichtigen Gewinnausweis, bei der Erzeugung negativer externer Effekte der Produktion (z. B. Umweltbelastung), der Beschäftigung von Arbeitnehmern oder der Anwendung von zweifelhaften bis unfairen Wettbewerbspraktiken von den für sie günstigsten Regeln Gebrauch machen können, wobei die für sie positiven Effekte i. d. R. auf Kosten anderer privater oder auch öffentlicher Akteure erzielt werden. Die sich durch die

Globalisierung ergebenden Chancen werden also begleitet von einer aus Multipolarität und vielfältigen Vernetzungen erwachsenden Komplexität und Unübersichtlichkeit. Der Bedarf an Stabilität und Sicherheit macht es sinnvoll, allgemein akzeptierbare globale Rahmenbedingungen zu vereinbaren, die dem Anspruch auf Wahrung einer Balance zwischen erwünschter Liberalisierung und notwendiger Regulierung genügen müssen. Ein solcher globaler Ordnungsrahmen, bzw. ein System von Spielregeln, begrenzt einerseits das politische Steuerungspotenzial der Nationalstaaten, während es diesem andererseits aber auch innerhalb dieses Rahmens den Einsatz neuer Steuerungsmöglichkeiten eröffnet.

Die Formulierung und Durchsetzung globaler Spielregeln kann nur auf der Basis eines grundsätzlichen Kooperationsverständnisses erfolgen, das sich dann etwa in multilateralen Vereinbarungen und Abkommen niederschlägt. An der Ausformulierung dieser Rahmenbedingungen sind die verschiedenen globalen Akteure beteiligt: Staatenbündnisse, Staaten, Regionen, Internationale Organisationen (IOs) oder auch Nicht-Regierungsorganisationen meist auf internationaler Ebene. Die Institutionalisierung dieser internationalen Kooperation erfolgt in unterschiedlichen Formen. Eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung und Weiterentwicklung von schlagkräftigen, global agierenden Organisationen ist die Bereitschaft von Nationalstaaten, Souveränitätsrechte an entsprechend legitimierte und kontrollierte IOs abzutreten. Diese übernehmen dann die Überwachung und unter Umständen auch die Sanktionierung von Fehlverhalten. Sie bieten ein Forum für die Artikulation unterschiedlicher Interessen und haben die Aufgabe, Diskussions- und Entscheidungsprozesse zu organisieren und zu begleiten und die Einhaltung der Verhandlungsergebnisse zu überwachen. Eine weitere Voraussetzung ist die Bereitschaft der nationalen Regierungen, auf internationaler Ebene getroffene Vereinbarungen auch national umzusetzen und eine nationale Politik zu betreiben, die Multilateralität akzeptiert und damit die Voraussetzungen für eine effiziente und möglichst konfliktfreie Teilnahme am globalisierten Wirtschaftsgeschehen erfüllt.

Die vorhandenen Ansätze solcher globaler Regelwerke bilden die Grundstruktur einer weltweit akzeptierten Globalen Wirtschaftsordnung (GWO). Die Anzahl der internationalen Abkommen, Vereinbarungen und Verträge nahm bis vor wenigen Jahren laufend zu. Dabei wächst nicht nur die Anzahl der teilnehmenden Staaten, sondern meist auch die von diesen akzeptierte Verbindlichkeit. Internationale Organisationen wurden im Rahmen dieser Entwicklung aufgewertet, ihre Rolle als Koordinatoren von unterschiedlichen Interessen immer mehr anerkannt und ihre Sanktionsgewalt in einigen Bereichen ausgebaut. Erst seit Kurzem gibt es eine durch die politische Entwicklung in den USA angestoßene Gegenbewegung, die durch Unilateralismus und Verstöße gegen internationale Vereinbarungen eine zumindest temporäre Aussetzung dieser Entwicklung verursacht. Längerfristig wirkende Rückschläge können daher nicht ausgeschlossen werden, wohl aber eine Umkehrung der Globalisierung.

Die GWO besteht im Wesentlichen aus drei Säulen, an denen permanent mit wechselnder Intensität und mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen gebaut wird, die also noch keineswegs fertiggestellt sind und sich wohl auf unabsehbare Zeit im „Bauzustand“ befinden, Abb. 3 zeigt die drei Säulen im Überblick.

3.2.1 Globale Sicherheitsarchitektur

Die Basis der GWO bildet eine Globale Sicherheitsarchitektur. Die Akteure der Globalisierung haben ein fundamentales Interesse an einem störungsfrei funktionierenden globalen Waren- und Kapitalverkehr, der möglichst wenig von externen Beeinträchtigungen behindert wird. Eine auf

Dauer angelegte funktionsfähige globale Wirtschaftsordnung muss daher auf einem verlässlichen sicherheitspolitischen Fundament aufbauen, das wiederum mindestens drei Elemente beinhaltet:

Globale Wirtschaftsordnung / Global Governance						
Globale Sicherheitsarchitektur			Globale Wirtschaftsarchitektur		Globale Nachhaltigkeitsarchitektur	
Internationale Krisenbekämpfung	Bekämpfung Transnationaler Kriminalität	Schaffung von Zukunftssicherheit durch Entwicklung	Handels- und Wettbewerbsordnung	Währungs- und Finanzordnung	Sozialordnung	Umweltordnung

Abb. 4 Struktur einer Globalen Wirtschaftsordnung © E. Koch

Durch die Sicherheitsarchitektur sollten *Internationale Krisen* mit globalen Auswirkungen möglichst schon im Vorfeld verhindert werden und wenn solche auftreten, sollten diese möglichst schnell und zuverlässig bewältigt werden. Dies gilt sowohl für Krisen, die durch einzelne Staaten ausgelöst werden, als auch für jene, die durch den internationalen Terrorismus verursacht werden. Trotz aller organisatorischen und legitimatorischen Probleme werden wohl auch zukünftig weltordnungs- und sicherheitspolitische Aufgaben primär durch die Vereinten Nationen (UN) und ihre Sonderorganisationen sowie durch wenige andere Organisationen wie die OSZE oder auch die NATO wahrgenommen. Dies gilt für die Krisenprävention und Krisenvermeidung (*peacekeeping*), für Kriseninterventionen (*peacemaking*) und die Krisennachsorge (*peacebuilding* bzw. *post conflict measures*).

Eine zweite Aufgabe ist die Bekämpfung der sich ebenfalls globalisierenden organisierten *Transnationalen Kriminalität* und die Bereitstellung von international akzeptierten Sanktionsinstanzen. Während die kriminellen Syndikate globale strategische Allianzen schmieden, ist ihre Bekämpfung nach wie vor schwierig. Wesentliche Erfolge bei der Bekämpfung internationaler Kriminalität können daher nur durch verstärkte internationale Kooperation und durch funktionsfähige Sanktionsmöglichkeiten auf internationaler Ebene erzielt werden. Dies geschieht über UN-Konventionen, gemeinsame Aktionspläne, besseren Informationsaustausch und eine Angleichung nationaler Gesetze, um schneller und angemessener gegen illegalen Waffenhandel, illegalen Diamantenhandel gegen alle Arten der Geldwäsche vorgehen zu können. Staaten werden verpflichtet, die genannten Verbrechen unter Strafe zu stellen, illegal erzielte Gewinne einzuziehen, Kriminelle schneller auszuliefern, Zeugen besser zu schützen und die Justiz besser auszustatten. Ein wichtiger Schritt war 2003 die Einrichtung eines unabhängigen ständigen Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag.

Schließlich muss die Sicherheitsarchitektur durch nationale und internationale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auch den sich in dem Nord-Süd-Gefälle widerspiegelnden krisenhaften Entwicklungsdifferenzen Rechnung tragen und die Voraussetzungen für eine *Globale Zukunftssicherung durch Entwicklung* schaffen. Die durch die Globalisierung sich weiter verstärkenden Wohlstands- und Entwicklungsunterschiede bedrohen nicht nur die sozio-ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten vor allem der ärmeren Länder, sondern auch die innenpolitische Stabilität und Sicherheit der Industrieländer. Die EZ umfasst daher eine breite Palette von finanziellen, technischen und personellen multilateralen und nationalen Entwicklungsvereinbarungen, die von Internationalen Organisationen (z.B. EuropeAid, Weltbank,

ADB) oder nationalen Stellen (z.B. BMZ, USAID, DFID), als *official development assistance* (ODA) oder auch durch private Hilfsorganisationen (z.B. Deutsche Welthungerhilfe, Plan International) vergeben werden. Hierzu wurden wichtige Grundsätze auf der Basis der *Paris Declaration* (2005) vereinbart, wie stärkere Eigenverantwortung der Entwicklungsländer (*Ownership*), Ausrichtung an den Entwicklungsstrategien der Entwicklungsländer (*Alignment*), Orientierung an klaren Ergebnissen und Wirkungen oder die Verpflichtung zur Geberkoordinierung. Nach den *Millenium Development Goals* (MDGs) schafft nun die Agenda 2030 eine breite Grundlage für die nachhaltige Entwicklung. Die 17 *Sustainable Development Goals* (SDGs) verknüpfen Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit und bilden die Grundlage für die internationale EZ bis 2030.

Problem-bereich	Globale Sicherheitsarchitektur		
	1.1 Sicherheitsordnung und Krisenbekämpfung	1.2 Bekämpfung transnationaler Kriminalität	1.3 Zukunftssicherheit durch Entwicklung
Aufgabe (was?)	<ul style="list-style-type: none"> • Krisenprävention • Kriseninterventionen • Stabilisierung / Nachsorge • Terrorbekämpfung 	<ul style="list-style-type: none"> • Globale Kooperation bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität • Schaffung von Sanktionsinstanzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Armutsverringern, Wachstum und Beschäftigung • Post-MDG-Prozess (SDG) • Verringerung der Krisenanfälligkeit • Gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung • Stabile Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsordnungen
Organi-sationen (wer, wie?)	UN, OSZE, NATO, EU/WEU, UNHCR, UNICEF, WFP	<ul style="list-style-type: none"> • Internationale Zusammenarbeit aufgrund von Abkommen • Internationaler Strafgerichtshof • Internationaler Gerichtshof 	<ul style="list-style-type: none"> • u.a. Weltbank; FAO, UNDP ADB, WHO • Menschenrechtskonventionen • Amnesty International • Internationale und nationale Entwicklungszusammenarbeit (EZ)
Ziele (warum?)	<ul style="list-style-type: none"> • (Mehr) Frieden und Sicherheit • Wachsende , zukunftsichere Märkte mit ausreichenden Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten • Planungs- und Investitionssicherheit für Global Player • Mitverantwortung für Entwicklung und Menschenrechte • Verringerung von Migration 		

Abb. 5 Globale Sicherheitsarchitektur © E. Koch

3.2.2 Globale Wirtschaftsarchitektur

Den Kernbereich bildet eine Globale Wirtschaftsarchitektur, die sich in eine *Globale Handels- und Wettbewerbsordnung*, den „realen“ Bereich, sowie eine *Globale Währungs- und Finanzordnung*, den „nominalen“ Bereich, unterteilt. Ähnlich wie bei den nationalen Politikansätzen, der Standort- und der Kompensationspolitik, muss auch eine Globale Wirtschaftsarchitektur die Bedingungen für eine weitere Verbesserung der Globalisierungsvoraussetzungen sowie und andererseits den Schutz vor deren negativen Auswirkungen im Auge behalten. Übersetzt bedeutet dies, dass es hierbei einerseits darum gehen muss, die Märkte durch gemeinsame Liberalisierungsanstrengungen, etwa durch einen Abbau von Zöllen, weiter zu öffnen oder offenzuhalten, um zu verhindern, dass unerwünschte Wettbewerber verdrängt und bestehende Privilegien unzulässig geschützt und dem Wettbewerb entzogen werden. Entwicklungen, wie ein „*race-to-the-bottom*“, einer permanenten Verschlechterung gesellschaftlich wichtiger aber gleichzeitig kostenträchtiger ökonomischer Standards, oder einer „*beggar-thy-neighbour-policy*“, der Versuch Wettbewerbsvorteile auf Kosten von konkurrierenden Ländern zu erzielen, etwa

durch Abwertungs- oder Dumpingwettläufe, sollen dadurch verhindert werden. Andererseits müssen Schutz- und Kontrollfunktionen, etwa durch Sanktionsinstanzen, so ausgebaut werden, dass negative Auswirkungen, etwa durch Krisen oder unfaires Verhalten möglichst verhindert werden.

Die *globale Handels- und Wettbewerbsordnung* wird im Kern durch den Abbau von Handelsbeschränkungen und eine Beseitigung von ungleichen Wettbewerbsbedingungen für Handels- und Dienstleistungsbeziehungen vorangetrieben. Die Liberalisierung des Handels, früher durch das GATT und seit 1995 durch die WTO, ist einerseits Wegbereiter der Globalisierung aber auch gleichzeitig eine Daueraufgabe der Globalisierung. Vor allem aufgrund der erheblichen Interessenunterschiede zwischen den WTO-Mitgliedern wird der Abschluss multilateraler Vereinbarungen allerdings immer schwieriger. Die schon 2001 begonnene und bis heute nicht abgeschlossene „Doha-Handelsrunde“ zeigt überdeutlich, dass das Modell der Welthandelsrunden in dieser Form wohl kaum Überlebenschancen hat. Inzwischen wurde es de facto durch sich immer weiter ausbreitende bilaterale Handelsabkommen zwischen Ländern oder Regionalintegrationen abgelöst. Diese sind zwar für die beteiligten Staaten i.d.R. vorteilhaft, machen das Welthandelssystem allerdings intransparenter und fördern Ungleichheit. Der Aufgabenschwerpunkt globaler Politik wird sich daher wohl immer mehr zu grundsätzlichen Regelungen des internationalen Wettbewerbs verschieben, etwa zu Fragen staatlicher Beihilfen, zu wettbewerbsrelevanten steuerpolitischen Fragen, zu den Möglichkeiten der Begrenzung von wirtschaftlicher Macht von Transnationalen Unternehmen (TNCs), aber auch zur Schaffung von vergleichbaren Wettbewerbsvoraussetzungen durch globale Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards.

Wettbewerb kann aber nur dann sinnvoll funktionieren, wenn effektive und funktionale Spielregeln existieren, die akzeptiert, beachtet und kontrolliert werden. Dies erfordert leistungsfähige Institutionen, Aushandlungsmechanismen sowie Sanktionsmöglichkeiten als auch den Einsatz staatlicher oder überstaatlicher Instrumente zur Kompensation von strukturellen Wettbewerbsnachteilen. Hierbei geht es zum einen um global akzeptierte *Wettbewerbsregeln für Unternehmen*, vor allem um den Missbrauch von Unternehmensmacht und wettbewerbsbeschränkendes Verhalten von Unternehmen zu verhindern. Dies kann geschehen durch eine verbesserte Abstimmung relevanter nationaler Regulierungen und Genehmigungsprozeduren oder durch die multilaterale Vereinbarung global gültiger Wettbewerbsregeln. Ein zweiter Bereich wäre die Vereinbarung von *Wettbewerbsregeln für Staaten*, die diese auf eine faire und transparente Politik gegenüber ausländischen Unternehmen verpflichten. So sollten staatliche Regulierungen, die indirekt handelsbeschränkend wirken, abgebaut und ein für ausländische Investoren unfairer Standortwettbewerb, etwa durch die Begünstigung einheimischer Unternehmen, sollte beseitigt werden. Schutzregeln auf globaler Ebene sollten verhindern, dass Staaten, die nicht über solche Regeln verfügen, auf Kosten einzelner Bevölkerungsgruppen oder der Umwelt unfaire Wettbewerbsvorteile gegenüber solchen Staaten erzielen, die Schutzregeln erlassen haben.

Die weitere Entwicklung der *globalen Währungs- und Finanzordnung* wird vor allem durch Systemkrisen, ausgehend von dem Zusammenbruch des weltweiten Systems fester Wechselkurse, des Bretton-Woods-Systems, Anfang der 1970er Jahre, der Schuldenkrise der Entwicklungsländer Anfang der 1980er Jahre und den verschiedenen internationalen Währungs- und Finanzkrisen seit Mitte der 1990er Jahre mit dem vorläufigen Höhepunkt der weltweiten Finanzkrise und der darauf folgenden Europäischen Verschuldungskrise seit 2007/2008 vorangetrieben. Die häufigen Richtungsänderungen der kurzfristigen, spekulativen

internationalen Finanzströme zeigen deutlich, dass die vorhandenen nationalen und internationalen Instrumentarien nicht ausreichen, um Finanzkrisen mit ihren erheblichen negativen Auswirkungen auf die reale Wirtschaft, insbesondere auf Produktion und Beschäftigung, wirksam bekämpfen zu können. Die Instrumente zur Früherkennung sowie die politische Bereitschaft für ein Gegensteuern, für ein aktives Prä-Krisenmanagement, müssen im Rahmen einer globalen Zusammenarbeit weiter entwickelt werden.

Aufgabe einer *globalen Finanzordnung* muss es sein, einerseits den freien globalen Kapitalfluss aufrecht zu erhalten und andererseits die sehr realen negativen Folgen für die Wirtschaft kontrollier- und damit auch beherrschbarer zu machen und für ein hohes Maß an Systemsicherheit zu sorgen. Diese komplexen Anforderungen resultierten bislang in vielen unterschiedlichen Vorschlägen und Maßnahmen für eine verbesserte Krisenprävention und ein leistungsfähigeres globales Krisenmanagement. Hierzu gehören u.a. Regulierungen für Banken, neue Sicherheitsstandards und eine verbesserte Finanzmarktaufsicht, häufig unter maßgeblicher Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Problem- bereich	Globale Wirtschaftsarchitektur			
	Globale Handels- und Wettbewerbsordnung		Globale Währungs- und Finanzordnung	
Aufgabe (was?)	2.1 Globale Handelsordnung <ul style="list-style-type: none"> • Handelsliberalisierung • Schutz des geistigen Eigentums • Investitionssicherheit • Ethische Unternehmensführung (CSR) 	2.2 Globale Wettbewerbsordnung <ul style="list-style-type: none"> • Unternehmen (gegen Kartelle, Monopole, Marktmacht) • Staaten (gegen Handelsbeschränkungen zur Erreichung politischer Ziele) 	2.3 Währungskooperation <ul style="list-style-type: none"> • Standards für Kooperation in Währungsfragen • Vermeidung von Währungskrisen und -kriegen • Prävention und Management von Währungs- und Finanzkrisen 	2.4 Finanzmarktstabilität <ul style="list-style-type: none"> • Einlagensicherheit und Sicherheitsstandards • Kontrollsysteme und Finanzmarktaufsicht • Erhöhung von Transparenz und Risikomanagement • Angepasste Finanzsysteme
Organi- sationen (wer, wie?)	WTO/GATT/ GATS, UNCTAD, OECD	WTO, OECD: Global Forum on Competition, ICN (Weltkartellamt)	G7/8, G20, IWF, Institute of International Finance (IIF) Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit BCBS, CGFS und FSB IFRS, INTOSAI, ICGN, IOSCO	
Ziele (warum?)	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung und Sicherung des Marktzugangs • Mehr Wohlstand durch internationalen Handel • Investitionsschutz 	Schutz vor Nachteilen durch unfairen Wettbewerb auf verschiedenen Ebenen	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilisierung der Finanzsysteme • Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit von Währungs- und Finanzkrisen • Bewältigung der (realen) Auswirkung von Krisen • Bessere Voraussetzungen für Wachstum und Wohlstand 	

Abb. 6 Globale Wirtschaftsarchitektur © E. Koch

3.2.3 Globale Nachhaltigkeitsarchitektur

Eine Globale Wirtschaftsordnung kann aus Gerechtigkeits-, Stabilitäts- und Nachhaltigkeitserwägungen nicht auf Mechanismen und Regelwerke verzichten, die über ordnende und effizienzsteigernde Aspekte hinausgehen und übergreifende Schutz- und Korrekturmechanismen bereitstellen. Da Globalisierung fundamentale soziale Asymmetrien verstärkt, müssen im Rahmen einer Globalen Nachhaltigkeitsarchitektur derartige Regelungen für die Globalisierungsverlierer entwickelt und durchgesetzt werden. So sollen existenzgefährdende Nachteile verhindert oder schon a priori die Teilnahmebedingungen für die Marktteilnehmer verbessert werden. Bereits entstandene

Globalisierungsnachteile für Bevölkerungsgruppen, Staaten oder auch die Umwelt müssen durch Kooperations- und Hilfsprogramme verringert oder kompensiert werden.

Dies kann einerseits durch eine *Globale Sozialordnung* geschehen, deren Aufgabe es ist, zunächst auf globaler Ebene soziale Spielregeln, Mindestbedingungen und Schutzmechanismen zu vereinbaren, die dann auf nationaler Ebene umgesetzt werden müssen. Dabei muss die Ausgrenzung der von der Globalisierung Benachteiligten so weit wie möglich verhindert und möglichst ein konstruktiver „Einstieg“ in die Globalisierung erreicht werden. Nur so kann ein substantieller Beitrag für mehr Gerechtigkeit einerseits und eine Reduzierung von „globalen Schieflagen“, wie inakzeptabler Armut, wachsendem Terrorismus und zunehmenden Flüchtlingszahlen geleistet werden. Hierbei geht es um die Weiterentwicklung von Vorstellungen, die zum ersten Mal 1995 auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen diskutiert wurden, wie der Idee einer Internationalen Sozialordnung, eine verstärkte Umsetzung der Kernarbeitskonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, aber auch um die Berücksichtigung von Vorschlägen globalisierungskritischer NGOs, wie ATTAC oder WEED, sowie um bessere Arbeitsbedingungen in der Bekleidungs- oder Teppichindustrie (z.B. Textilbündnis, Rugmark).

Globalisierung trägt zur laufenden und zunehmenden globalen Zerstörung des Weltklimas, der Umwelt und damit des Lebensraums bei, Probleme, die nur noch zu einem geringen Teil auf nationaler Ebene lösbar sind. Die Folgen etwa der Schädigung des globalen Klimasystems, der Luft- und Wasserverseuchung oder der Ausrottung von Arten und die damit einhergehende Zerstörung von natürlichen Genbanken und Biodiversität erfordern eine *Globale Umweltordnung*. Diese muss dafür sorgen, den Klimaschutz durch viele Einzelmaßnahmen zu stärken, Klimaresilienz in allen Bereichen zu verbessern, Umweltrisiken abzubauen und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sicherzustellen. Nationale Regelungen reichen hierfür nicht aus. Abgesehen von der beschränkten Wirksamkeit bei grenzüberschreitenden Umweltproblemen sind diese meist kostenintensiv und würden daher zu nationalen Wettbewerbsnachteilen führen und damit angesichts des internationalen Wettbewerbsdrucks nicht durchsetzbar sein. Andererseits können nationale Alleingänge durchaus neue Märkte und damit neuartigen - temporäre - Wettbewerbsvorteile kreieren.

Die Weltgemeinschaft setzt daher in erster Linie auf internationale Konventionen und Vereinbarungen, die auf internationalen, meist UN-Konferenzen vorbereitet und beschlossen werden. Dabei fungieren internationale NGOs meist als Vordenker und *pressure groups*. Eine Globale Umweltordnung existiert heute allerdings allenfalls in Ansätzen. Ebenso wenig wie ein verbindliches globales umweltpolitisches Regelwerk gibt es eine allgemein anerkannte globale Umweltinstitution, die Ausbau und Konsolidierung und vor allem die Kontrolle der Einhaltung der bestehenden Abkommen vorantreiben könnte.

Das Spektrum dieser „dritten Säule“ ist also breit gefächert. Es beginnt bei der Bereitstellung und Durchsetzung anerkannter Menschenrechte und Prinzipien und deren Garantie durch internationale Institutionen. Es setzt sich fort in dem spezifischen Schutz des Individuums vor unfairen oder unmenschlichen Arbeitsbedingungen sowie der Verringerung von sozialen und politischen Problemen, die durch Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften entstehen. Und es beinhaltet schließlich Regelungen für eine global und langfristig sozial- und ökonomieverträgliche Nutzung des Produktionsfaktors Natur durch die Formulierung und Durchsetzung global akzeptierter Klima- und Umweltschutzstandards. Damit steht hier die Korrektur kurzfristiger Marktüberlegungen zugunsten langfristiger nachhaltigkeitsorientierter sozialer und ökologischer Aspekte und damit übergeordneter Interessen im Zentrum der Überlegungen: Die mit der Globalisierung verbundene Entfesselung der Marktkräfte und die mit der Liberalisierung einhergehende Deregulierung muss

durch Ausgleichsmechanismen in global akzeptierte Bahnen gelenkt und durch ein vorwiegend sozial- und ökologisch definiertes Gerüst stabilisiert werden.

Problembereich	Globale Nachhaltigkeitsarchitektur	
	Globale Sozialordnung	Globale Umweltordnung
Aufgabe (was?)	3.1 Soziale Flankierung der Globalisierung <ul style="list-style-type: none"> • Kompensation von Globalisierungsnachteilen • „Internationale Sozialhilfe“ • Soziale Mindeststandards • Soziale Gerechtigkeit 	3.2 Ökologische Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung und Angleichung von Umweltstandards • Grenzüberschreitende Kooperation in Klima- und Umweltfragen • Spezifische Belange: Klima-, Gewässer- und Artenschutz
Organisationen (wer, wie?)	<ul style="list-style-type: none"> • ILO, UNDP • UN-Global Compact • Globale Unternehmensinitiativen (CSR, Global-Reporting-Initiative, Clean Clothes, Textilbündnis) 	<ul style="list-style-type: none"> • NROs: Greenpeace, WWF, WEED • ca. 100 Internationale und 140 regionale Umweltabkommen • UNEP, UNFCCC, IUCN • (Earth Alliance / Earth Council)
Ziele (warum?)	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilere Gesellschaftsordnungen durch bessere Voraussetzungen • Verringerung globaler Ungerechtigkeit und Schaffen von Fairness 	<ul style="list-style-type: none"> • Zukunftssicherere Umweltbedingungen durch gemeinsame Umweltstandards • Nachhaltigkeit: Erhaltung von (Bio-) Ressourcen, Verringerung von Umweltproblemen

Abb. 7 Globale Nachhaltigkeitsarchitektur © E. Koch

4 Abschließende Überlegungen

Durch die hier vorgestellte Drei-Säulen-Architektur, die aufgrund der realen Fragmentierung zum Teil verschüttet und daher nur schwer wahrnehmbar ist, können Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche klarer definiert und die Funktions- und Durchsetzungsfähigkeit und damit auch die Akzeptanz der beteiligten Organisationen und ihrer Instrumente erhöht werden. Dies gilt im Übrigen unabhängig davon, ob einzelne Staaten einen solchen Ansatz vorübergehend vernachlässigen, als weniger wichtig erachten oder ihn gar boykottieren. Die GWO ist also keine utopische Forderung, sondern eine derzeit praktizierte pragmatisch-reaktive Antwort auf viele der ansonsten kaum lösbaren Globalisierungsprobleme.

Einige zentrale Kritikpunkte sollen allerdings nicht unerwähnt bleiben: Eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung und Weiterentwicklung von supranationalen Regelsystemen und Institutionen ist die grundsätzliche Bereitschaft der nationalen Regierungen Souveränitätsrechte abzutreten, die auf internationaler Ebene getroffenen Vereinbarungen einzuhalten und diese auf nationaler Ebene auch zügig gemäß umzusetzen. Dies hängt wiederum mit der Bereitschaft, aber auch der Fähigkeit zusammen, eine nationale Politik zu betreiben, die diese gemeinsame Verantwortung für eine effiziente und möglichst konfliktfreie Teilnahme am globalisierten Wirtschaftsgeschehen anerkennt. Tatsächlich ist aber die Bereitschaft nationale Interessen zugunsten von globalen Kompromissen zurückzustellen oder gar aufzugeben nicht überall und nicht zu jeder Zeit in gleichem Maße vorhanden. Gerade zur Zeit sind hier gegenläufige Tendenzen zu beobachten. Dies führt dazu, dass sich die GWO nicht in dem Umfang, der Form und der Geschwindigkeit weiterentwickelt und sich den vielfältigen Herausforderungen stellt, wie dies angesichts der vielfältigen Probleme der Globalisierung notwendig und auch zu erwarten wäre. Verbindliche Entscheidungen auf globaler Ebene sind immer schwieriger zu erreichen, häufig werden sie stark verzögert oder aufgrund abweichender nationaler Interessen verwässert.

Ein immer noch aktuelles Beispiel sind die Verzögerungen bei der Einführung neuer sicherer Finanzmarktstrukturen im Anschluss an die Finanz- und Wirtschaftskrise als Folge der US-

amerikanischen Subprime-Krise. Hier werden die einzelnen Politikbereiche immer noch zu wenig aufeinander abgestimmt und koordiniert. Ein weiteres Beispiel sind nationale Subventions- und Handelspraktiken, die Beschäftigungsmöglichkeiten in Entwicklungsländern beeinträchtigen, während zeitgleich Entwicklungszusammenarbeit praktiziert wird, mit der u.a. auch versucht wird, die Folgen dieser Politik zu kompensieren. Ein weiterer Punkt sind Demokratiedefizite in internationalen Organisationen. So hängen die Entscheidungen im UN-Sicherheitsrat vom Vetorecht der fünf ständigen Mitgliedsstaaten ab und bei IWF und Weltbank sind die Stimmrechte abhängig von den gezahlten Beiträgen. Andererseits stellt auch das Prinzip *one country, one vote* der WTO keine optimale Lösung dar, solange viele kleine Länder nicht über wichtige Voraussetzungen, wie Fachkenntnisse und entsprechendes Fachpersonal, verfügen, um in den entscheidenden Untergremien kompetent mitdiskutieren und -entscheiden zu können, so dass einzelne Länder oder Ländergruppen ein de-facto-Vetorecht ausüben können.

Die Weiterentwicklung der Globalisierung kann nur als permanente Aufgabe der Weltgemeinschaft und ihrer Institutionen begriffen werden. Nur die gemeinsamen Anstrengungen der verschiedenen politischen Kräfte sind in der Lage die Globalisierung mit einem zukunftsfähigen politischen Rahmen zu versehen, der zudem noch laufend an neue Entwicklungen und Herausforderungen angepasst werden muss. Globale Zusammenarbeit kann nicht funktionieren, wenn nur Minderheiten sich hiervon Vorteile und Chancen versprechen können. Die adäquate politische Antwort hierauf besteht in einem zügigen weiteren systematischen und effektiven Ausbau der verschiedenen Säulen der Globalen Wirtschaftsordnung. Wird dies versäumt oder zu lange verzögert, droht ein dauerhafter Rückfall. Dieser wird nicht zuletzt ausgelöst durch globalisierungsfeindliche politische Kräfte, die politische Mehrheiten erringen und versuchen zugunsten eines neuen Nationalismus aus populistischen Gründen das Rad der Globalisierung zurückzudrehen.

Literatur

- Koch, E. (2017) Globalisierung: Wirtschaft und Politik, 2. Aufl., Wiesbaden
siehe dort auch grundlegende, Übersichts- und weiterführende Literatur sowie Hinweise auf Links
- BIZ (2016) Annual Economic Report
- Hammar O./Waldenström D. (2017) Global Earnings Inequality, 1970–2015; in: IZA Institute of Labour Economics, Discussion Paper Series No. 10763, May 2017
(<ftp.iza.org/dp10762.pdf>, Fig. 8, S. 38)
- UNCTAD (2017) World Investment Report
- WTO (2017) International Trade Statistics